

Sindelfinger Zeitung / Böblinger Zeitung

Dienstag,
23. Januar
2007

[Leserbrief](#)
[Redaktion](#)
[LeserService / Abo](#)
[Anzeigen](#)
[Bildergalerie](#)
[Wir über uns](#)
[Disclaimer](#)
[Impressum](#)

Startseite

Suche

Lokales

- » Nachrichten
- » Hintergrund
- » Leben & Kultur
- » Sport

Überregionales

- » Nachrichten
- » Hintergrund
- » Sport
- » Stuttgart
- » Baden Württemberg
- » Panorama

Anzeigen

- » Anzeige aufgeben
- » Beratung
- » Immowelt
- » Kleinanzeigen
- » Automarkt
- » Preislisten

Was-Wo-Wann

- » Veranstaltungen
- » Ratgeber
- » Notdienste
- » Stadtinfo
- » Jubilare

14 Tage Archiv

- » Nachrichten
- » Hintergrund
- » Leben & Kultur
- » Sport

Baden Württemberg

09.01.2007

Grüne fordern Klarheit

SELLNER

Berlin - Auch in der Hauptstadt gewinnt die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 an Schärfe. Die Grünen im Bundestag hatten umfassend Auskunft zum Bahnprojekt verlangt. Die Antwort aus dem Verkehrsministerium sei eine "Unverschämtheit".

Von unserem Reporter

MICHAEL ISENBERG

"Die Bundesregierung weicht unseren Fragen zu Stuttgart 21 aus", klagt der Tübinger Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann (Grüne). Manche Antworten seien geradezu eine "Unverschämtheit".

Am 15. Dezember 2006 hatte Hermann mit Fraktionskollegen im Bundestag eine kleine Anfrage zur Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21 gestellt. Am 2. Januar 2007 verfasste Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär im SPD-geführten Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Antwort. Sein Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt, hat die Grünen ordentlich in Rage gebracht.

Bis auf die bekannten Festlegungen, dass der Bund bereit sei, zur Gesamtinvestition von 2,8 Milliarden Euro einen plafonierten Anteil von 453 Millionen Euro (zuzüglich Baupreisindexentwicklung) beizutragen, und dass ein Baubeginn erst im Jahr 2017 vorgesehen sei, lässt Großmann die Grünen mit ihrem 59 Punkte umfassenden Fragekatalog weit gehend ins Leere laufen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat zwar im Herbst 2006 von der Bahn AG eine externe Wirtschaftsprüfung verlangt. Die Veröffentlichung der "unternehmensinternen Daten" sei aber "nicht vorgesehen", lässt Großmann die Grünen wissen.

Auch zu aktuell strittigen Fragen wie den Kostenrisiken beim Tunnelbau oder zu finanziellen Beiträgen von Land und Stadt Stuttgart bleibt das Ministerium eine konkrete Antwort schuldig. "Die Entscheidung zu Stuttgart 21 hängt viel mehr mit der Teilprivatisierung der Bahn zusammen als geplant", ist sich Hermann sicher. "Wir lassen nicht locker, bis alle ungelösten Fragen beantwortet sind", kündigt er an.

Schlauleser



Fotogalerie



Winterzauber



Forum



Abokarte



Bildergalerie



Wetter



Gastro



Sonntag Aktuell



© 2005 SZ/BZ